

Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A) 7 3600-3665. Fernverkehr: Dönhoff 3686-3698. Telegramm: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf. [Auswärts 15 Pf.] • Nr 517

FREITAG, 28. OKTOBER 1932

MORGEN-AUSGABE

Braun morgen bei Hindenburg

Heute Beschlußfassung über neue Preußen-Aktion

Die Stunde des Protestantismus

Zum Reformationsfest

Von
D. OTTO PIPER
Professor der Theologie an der Universität Münster

Gestern nachmittag sind unter dem Vorsitz des Reichsanwalters von Papen in seiner Eigenschaft als Reichsminister für Preußen die mit der Zeitung der preussischen Ministerien beauftragten Staatssekretäre zu einer ausführenden Beratung zusammengetreten. Diese „Staatsministerialberatung“, wie nach dem Leipziger Urteil die Beratungen des Reichsministerials als offiziell genannt werden, hat die bevorstehende Beschlußfassung so weitgehend vorbereitet, daß der Beschlußfassung des Reichsanwalters eigentlich nur noch formale Bedeutung zukommt. Reichsanwalters von Papen hat nach der Mitternacht von seinem kurzen Jagdausflug bereits mit dem Staatssekretär des Reichspräsidenten, Weizsäcker, mit dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gumbel und mit dem kommissarischen Leiter des preussischen Innenministeriums Dr. Bracht ausführliche Besprechungen über die Staatsministerialberatung und vermittlungsmäßigen Folgen des Leipziger Urteils gehabt. Auf der Grundlage dieser Besprechungen fand die heutige „Staatsministerialberatung“ statt.

Das Reichsabinett selbst wird zur formellen Beschlußfassung heute vormittag um 11 Uhr zusammentreten. Das Kabinett wird sich, so hören wir, vornehmlich an jene Erklärungen des Staatsgerichtshofes halten, in denen ausgesprochen wird, daß unter bestimmten Voraussetzungen der Reichspräsident durchaus berechtigt sei, „nicht nur die politischen Maßnahmen, des Reiches und Preußens in einheitliche Bahnen zu lenken“, sondern daß es „zweckmäßig erscheinen konnte, auch die Ministerien zu erfassen, deren Aufgabensphäre nicht im Gebiet der allgemeinen Politik liegt.“

Daraus will man den Schluß ziehen daß eine sehr enge Zusammenfassung der preussischen und der Reichsverwaltung durchaus notwendig ist zu begründen sei. Die Maßnahmen, die sich aus dieser Auffassung praktisch ergeben werden, lassen sich grundsätzlich leicht erkennen: Von der Unterstellung einzelner preussischer Ministerien unter Reichsverwaltung war schon vor längerer Zeit die Rede, und auch von einer Vereinigung der preussischen Zentralverwaltung oder (schließlich) von einer Vereinfachung der doppelten Politik, die durch die Existenz zweier Kabinette in Berlin wiederholt entstanden.

Ueber die grundsätzlichen Wünsche des Reichsabinetts dürfte Ministerpräsident Braun durch die Besprechung unterrichtet worden sein, die am Mittwoch zwischen dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten, Weizsäcker, und dem preussischen Ministerialdirektor Bracht stattgefunden hat. Um die Einzelheiten der Zusammenarbeit festzulegen, wurde für den Sonnabend ein gemeinsamer Empfang des Reichsanwalters von Papen und des Ministerpräsidenten Braun beim Reichspräsidenten vorgesehn. Offiziell ist als Thema dieses Empfangs festgelegt worden: Aussprache über die durch das Urteil des Staatsgerichtshofes aufgeworfenen Fragen.

Das Reichsabinett will dem Ministerpräsidenten Braun und den anderen Mitgliedern des preussischen Kabinetts Arbeitsräume und Beamte für ihre durch den Staatsgerichtshof ausdrücklich anerkannte Tätigkeit zur Verfügung stellen, allerdings wird an preussischen Arbeitsmöglichkeiten nach dem geplanten neuen Vorgehen des Reiches wenig übrigbleiben.

Das Massentreffen im Syddepart

Polizei vertreibt die Arbeitslosen

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

LONDON, 27. OKTOBER

Die Hunderttausenden der Hungerdemonstranten sind heute nachmittag beinahe mit programmäßiger Pünktlichkeit um 2 1/2 Uhr vor dem Gelände des Syddepart einmarschiert. Jeder Kolonne tritt ein Zuzug weiterer Demonstranten. Die Menge istfand waren in kurzen Abständen von Polizisten zu Fuß begleitet. Ueberhaupt zeigte das weite Gelände des Syddepart, lange bevor die Demonstranten und die Streikenden erschienen waren, das Bild eines Festlagers. Neben Arbeitslosen und Polizeibereitschaften konnte man Wagen sehen, auf denen dröhnende Telephonkondensatoren montiert waren, von denen aus im Stillen Polizeiverordnungen herbeigerufen werden können.

Man hielt den Eindruck, daß unter den vielen Tausenden, die die Hungerdemonstranten erwarteten, keine Mengeleise als ausgesprochene Sympathisierende waren. Die Mäße, mit Transparenten und Fahnen an der Spitze, begaben sich zunächst in großer Ordnung auf die Versammlungsplätze, wo von dreißig Rednertribünen aus Ansprachen gehalten wurden. Neben roten Fahnen und den kommunistischen Parteiblenken: Hammer und Sichel, fand auf großen roten Plakaten: „Wir fordern die Abschaffung des Arbeitslosenrechtes!“ — „Wir wollen Brot!“ — „Brot aus Arbeit!“ Der äußere Eindruck der Hungerdemonstration verlor sich die Bedeutung kaum, da der ganze Zug einen sehr disziplinierten Eindruck machte.

Größere Schwierigkeiten bereitete der Polizei die Masse der Mäuler. Im den eingehenden Demonstranten Platz zu machen, war für die Polizei dieses gesungenen, die Posten aus-einanderzutreiben, und hierbei ist es dann auch zu den ersten Zusammenstoßen gekommen. Unruhliche Szenen spielen sich auf dem Great-Comberland-Platz, in unmittelbarer Nähe des Syddepart, als so mane Anzahl von arbeitlosen Jugendlichen plötzlich auf dort postierte Polizeikräfte einen Stein schleuderte. Weitere Polizei versuchte daraufhin, die Menge auseinanderzutreiben, mußte jedoch, da sie durch Steinwürfe bedroht wurde, zum Gummistoppel greifen und zu verschiedenen Verhaftungen

gen schreiten. Ähnliche Szenen ereigneten sich in den Zufahrtstraßen zum Marble Arch, wo verächtlich Lebenstentor durch Steinwürfe geträumt wurden.

Echo im Unterhaus

Während auf der Straße im Syddepart Menschen rebeben, fangen und hochziehen, herrschte im Sitzungssaal des Hauses der Gemeinen die übliche, vielleicht um etwas ernstere neutrale Ruhe. Die Szenen, die mancher befürchtet hatte, blieben aus, vor allem deshalb, weil alle Beteiligten alles taten, um sie zu vermeiden. Die drei Abgeordneten der äußersten Linken, Maxton, Webbwood und Buchanan wählten nacheinander ihren Bänke vor, das Sans-müde eine Abordnung der Arbeitslosen empfangen. Sie hielten um Unterbrechung der Sitzung und Wiedererröffnung ihrer Forderung ab. Sie sind immer wieder dem Sprecher neue Vorstellungen machten, der aus Gründen der Reihenfolgeordnung ihre Forderung ablehnte und angedeutet, daß die Zwecklosigkeit einer solchen Demonstration hinweis.

America jetzt herab

NEW YORK, 27. OKTOBER

In Cleveland sagte der Unterhaatssekretär im Schopman, Castle, in einer Rede im House of Representatives, die Verhandlung der europäischen Schuldner vor.

Wichtigste war es jedoch, nur der Hoffnung auf eine günstige Schuldentilgung, die weder von der republikanischen noch von der demokratischen Partei zu erwarten ist. Er ist sich die Ausarbeitung eines Abkommens über die Schuldentilgung entsprechend der Abnahme amerikanischer Waren durch die europäischen Schuldner vor.

Verantwortlich für den Gesamthalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preis: mm-Zeile 32 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Meistgerweise feiern die Kirchen der Reformation den 31. Oktober in Erinnerung an den Tag, da 1517 Luther seine 95 Thesen an die Tür der Schloßkirche in Wittenberg ansetzte und damit der Reformation der Kirche Bahn brach. Aber haben die evangelischen Kirchen noch ein Recht, diesen Tag zu feiern? Sind sie nicht in den letzten Jahrzehnten von Abberlage zu Abberlage geschrumpft? Da Wittenberg, das die Kirche traf, die im Strasse allzu loyal die Wünsche der Regierung vertrat; der Niedergang an äußerer Macht infolge der Trennung von Kirche und Staat; die politischen Fortschritte der katholischen Kirche in der deutschen Republik; die Kirchenaustrittsbewegung und die Gottlosepropaganda, die bei evangelischen Kirchen ungleich härter traf als bei katholischen; man kann die vielen kleineren Missetaten ganz belächeln lassen, die Aufstellung zeigt schon, wie sehr die evangelischen Kirchen heute geschwächt sind.

Und doch reibt man heute von der „Stunde des Protestantismus“. Unter den Kräften, die das neue Reich bauen sollen, ist die der Protestantismus in erster Linie. Man denkt dabei an das alte, politisch aktive Christentum, das sich namentlich in der altpreussischen Union herausgebildet hat; man denkt daran, daß die nationale Bewegung namentlich im evangelischen Nord- und Ostpreußen durch die Volksbewegung geworden ist, und man sieht schließlich, wie die Grundidee des neuen Staates, Rüstung zur Autokratie, gerade in einflussreichen protestantischen Kreisen das theologische Hauptthema geworden ist. Da das Zentrum vorläufig noch immer ein demokratisches Gebilde ist, so scheint in den Köpfen dieser Politiker eine Einwirkung des Protestantismus in die neue Front diesen gute Aussichten auf Wiedererlangung seiner alten Machtstellung zu bieten.

Aber die Rechnung ist falsch. Nicht nur politisch, sondern in diesem Falle noch schlimmer ist, auch religiös. Geht den Fall, der Protestantismus reichte sich heute in diese Front ein — wozu einflussreiche kirchliche Führer geneigt sind — so würde damit die Reformation verfallen, und die Kirche würde dabei nicht einmal als äußere Organisation gewinnen. Die evangelischen Kirchen können nicht dankbar genug sein, daß sie durch die Revolution von 1918 die Freiheit vom Staate bekommen haben. Denn das hat ihnen nicht nur die Möglichkeit gegeben, ihre Geschäfte selbst zu führen, sondern auch, was ungleich wichtiger ist, ihrer Bestimmung leben fremden, unfaßlichen Einflüssen fernzuhalten.

Zugegeben: die Verfassung ist heute nicht nur für die Kirchen, sondern auch für jeden besuchten Protestanten groß, sich einfinden und der neuen Front zu identifizieren. Die Republik hat die Kirchen mit mancherlei Unfreundlichkeit bedacht, die Church der freireligiösen Bistrotarie des S. P. D., die überhaupt nicht begriff, was Kirche und Christentum ist, war selbst für die evangelischen Gläubiger der Partei in hohen Maße nachteilig, und die Mühseligkeit, mit der das Zentrum seine Machtstellung auf dem Gebiete der Personalpolitik ausbaute, muß schließlich auch die vermindern, die bereit waren, auf diesem Gebiete auch ein Unrecht der alten Regierung den Katholiken gegenüber auszugeben. Aber man gebe sich keinen Täuschungen hin: liegt der neue Kurs, so bedeutet das nicht etwa größere Freiheit und größeren Einfluß der Kirchen, im Gegenteil. Im „christlichen Staate“ der Herren von Papen und von Gumbel ebenso wie in dem auf dem Boden des „positiven Christentums“ stehenden „Dritten Reiches“ werden die Kirchen nur soweit Rechte haben, als sie bereit sind, sich in den Dienst der Regierung zu stellen. Sie glaube nicht einmal, daß personalpolitisch viel gewonnen würde. Denn ist die neue Front freigeht, so wird sich das Zentrum im annehmen, trotz der Schwierigkeiten, die ihm von seinen eigenen Arbeitverwaltern erwachsen würden.

Sie möge nun nicht dahin mitüberreden werden, als ob ein Protestant sich nicht für die neue Front entscheiden dürfe. Reformation, denn der ist ja gerade eine Grundgesamtheit der Reformation, daß es für den einzelnen in politischen Dingen keine kirchliche Bindung geben kann. Die evangelischen Kirchen werden sich selbst preisgeben, wenn sie nicht katholischen Vorbild die Zugehörigkeit zu einer politischen Partei für unannehmbar mit dem Glauben erklären würden. Aber eben deshalb muß man auch die Kirchenregierungen und die